

esse der Arbeiter liegt, der Intelligenz, den Wissenschaftlern, Forschern, Künstlern und Technikern, verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Das war nicht leicht, aber diese Aufgabe wurde gelöst. Erfreulicherweise hat die große Masse der Arbeiterschaft soviel Verständnis und Weitsicht aufgebracht, um von sich aus nicht nur dafür einzutreten, sondern auch dafür zu sorgen, daß entsprechend der Bedeutung der Leistung auch die materielle Versorgung gesichert wird. Die Bewertung der geistigen Arbeit durch den handarbeitenden Menschen hat im verflossenen Jahr gute Fortschritte gemacht. Die organisierte Zusammenarbeit der Arbeiteraktivisten mit der technischen Intelligenz der Betriebe, die zunehmende Erkenntnis bei der technischen Intelligenz von der Bedeutung der interessierten Mitarbeit aller Arbeiter an der Lösung von Produktionsaufgaben ist ein weiteres Merkmal für den Erfolg. Seinen besten Ausdruck fand der Erfolg mit der Verleihung der Nationalpreise an Künstler, Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter. Die neuen Kulturverordnungen, insbesondere das Gesetz über die Verleihung von Nationalpreisen, begrüßen wir als Massenorganisation, kommt doch damit die höchste Anerkennung für hervorragende friedliche Aufbauarbeit zum Ausdruck.

Wenn die Kulturverordnung vom März 1949 der Wissenschaft und Forschung in erster Linie die Instandsetzung ihrer zerstörten Lehr- und Arbeitsstätten brachte, so kündigt die neue Kulturverordnung durch ihr andersgeartetes Programm an, daß wir schon eine neue, höhere Entwicklungsstufe erreicht haben. Nicht das Instandsetzen, sondern das Neubauen und Neuaufrichten steht im Vordergrund. Diese Kulturverordnung ist der Ausdruck eines lebenskräftigen Optimismus und des Willens zum wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Der Ausbau technischer Lehranstalten, die Schaffung neuer Lehr- und Forschungsstätten erfolgt im Vertrauen auf die Hilfe von Wissenschaft und Forschung bei der Weiterführung unseres wirtschaftlichen Aufbaus. Die Gewerkschaften können für die Masse der werktätigen Menschen zum Ausdruck bringen, daß diese von Vertrauen auf die Mitarbeit von Wissenschaft und Technik am gesellschaftlichen Aufbau erfüllt sind.

Für uns stehen planvolle Entwicklung und Förderung der Wirtschaft, der Wissenschaft und Forschung, aber auch planmäßige Entwicklung und Förderung der Künste und Beschäftigung der Künstler in einem unlöslichen Zusammenhang. Hier in unserer Republik wird der technische, wissenschaftliche und künstlerische Nachwuchs nicht den rücksichtslos nach Profit strebenden Kräften der sogenannten freien Wirtschaft als Gegenstand der Ausbeutung vorgeworfen. Das zeigt die in den ersten Märztagen durchgeführte erste gesamtdeutsche Tagung der Ingenieurschulen. Hier sah man den Gegensatz zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Studierenden konnten stolzerfüllt erklären, daß sie in ihren Semesterferien in den dem Volke gehörenden Betrieben in praktischer Arbeit überprüfen konnten, wie ihr auf den technischen Schulen erworbenes theoretisches Wissen sich bei der täglichen Arbeit bewährt. Sie konnten betonen, daß ihre Arbeit in den Semesterferien dazu dient, ihr Studium noch erfolgreicher und gehaltvoller zu gestalten und gleichzeitig schon der Volkswirtschaft, der Gesamtheit der arbeitenden Menschen, die letzten Endes den Studierenden das Lernen ohne Sorgen ermöglicht, eine kleine Rückerstattung zu leisten. Was mußten die Studierenden aus Westdeutschland dagegen berichten? „Wir müssen uns, wenn wir ein Semester Studium hinter uns haben, in mühsamer Arbeit die Mittel für das nächste Semester verdienen. Uns hilft weder Staat noch Gewerkschaft und wenn das Studium zu Ende ist, wo werden wir dann gebraucht werden?“ Die immer wiederkehrende Frage dieser westdeutschen Studierenden: „Was sollen wir denn tun?“, zeigte die

ganze Hilflosigkeit der künftigen Ingenieure und Techniker in Westdeutschland.

Wir könnten uns damit begnügen, mit berechtigtem Stolz auf die kulturelle Rückständigkeit in Westdeutschland, auf den Mangel an Aufgeschlossenheit und Verständnis für wichtigste Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in den westdeutschen Gewerkschaften herabzublicken. Die westdeutschen Gewerkschaften haben offenkundig bisher noch keinen ernsthaften Schritt zur Erkämpfung des Arbeiter- und Bauernstudiums unternommen und haben auch noch nichts getan, um ihren jungen befähigten Mitgliedern den Weg zu den höchsten Bildungsstätten der Nation zu erleichtern. Wir wissen wohl die Tatsache zu schätzen, daß unsere fortschrittliche Kulturpolitik erheblich dazu beitragen wird, daß die Gedanken der Nationalen Front sich in ganz Deutschland durchsetzen. Aber das gesamte Interesse des deutschen Volkes an einer einheitlichen Entwicklung unserer nationalen Kultur verlangt es, daß wir Gewerkschafter in der Deutschen Demokratischen Republik an die Arbeiter und Gewerkschafter in Westdeutschland den Appell richten: Sorgt dafür, daß auch die Arbeiterklasse in Westdeutschland sich rechtzeitig eine neue, ihre eigene Intelligenz schafft! Erkämpft den befähigten jungen Arbeitern und Bauern den freien Zugang zu allen Bildungsstätten, beseitigt das immer noch bestehende Bildungsmonopol der Besitzenden, zwingt eure Gewerkschaften, den unaufhaltsamen gesellschaftlichen Fortschritt vorzubereiten durch Einführung des Arbeiter- und Bauernstudiums, jedoch mit fortschrittlichen Lehrplänen! Die Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik setzen es sich zur Aufgabe, im Geiste der Nationalen Front alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die kulturellen Errungenschaften, die die Deutsche Demokratische Republik geschaffen hat, für Gesamtdeutschland durchzusetzen.

(Beifall)

**Vizepräsident Rambo:**

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Dyck von der LDP.

**Abg. Frau Dr. Dyck (LDP):**

Als im vorigen Jahr die erste Kulturverordnung erlassen und im Senat einer unserer Universitäten erörtert wurde, da faßte dieser Senat das Urteil über die Verordnung in folgendem prägnanten und lapidaren Satz zusammen: „Diese Kulturverordnung ist ein Dokument von staatspolitischer Größe und Weite.“ Daß dieses Urteil zutraf, das hat die Entwicklung des letzten Jahres deutlich bestätigt und das kam heute in den beiden großen Berichten des Herrn Ministerpräsidenten Grotewohl und des Herrn Ministers Wandel deutlich zum Ausdruck. Im Zusammenhang der Kulturverordnung vom März 1949 und der neuen Kulturverordnung vom März 1950 müssen wir die beiden Gesetze sehen, die uns heute zur Beratung vorliegen. Auch diese Gesetze sind von staatspolitischer Größe und Weite!

Worin liegt diese staatspolitische Größe?

Sie liegt ganz konkret darin, daß der Staat es wagt — es ist eine kühne Tat —, bewußt und klar kulturpolitische Arbeit von Staatswegen zu lenken und zu leiten, in sein großes Aufbauprogramm systematisch die Kräfte einzugliedern, die die Entwicklung dieser Arbeit vorwärtstreiben, sie aktivieren, Energien befreien, Energien ihren Sinn geben und — es ist heute schon vielfach gesagt worden — das Leben durch ihr Tun und Wirken entscheidend ändern.

Etwas anderes — wir sind schon fast an dieses Neue gewöhnt — ist kühn an diesen großen Kulturverordnungen, denen sich die beiden Gesetze einfügen: daß in einer Zeit, in der die Fürsorge allen Schichten unseres Volkes dient und in Anbetracht der Not, die